

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Präsidentschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007 – Europa gelingt gemeinsam

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	3
I. Eine handlungsfähige Gemeinschaft – die EU weiterentwickeln ...	4
II. Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas	4
1. Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft	4
– Vollendung des Binnenmarkts und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen	4
– wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik	5
– bessere Rechtsetzung	5
– Gewährleistung einer sicheren, umweltverträglichen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung	5
– Förderung von Umwelttechnologien	6
– Förderung von Forschung und Entwicklung	6
– Stärkung der europäischen Bildungszusammenarbeit	7
– moderne europäische Verkehrspolitik	7
– integrierte Meerespolitik	7
– moderne Kultur- und Medienpolitik	7
– leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung	8
2. Sicherung von Beschäftigung und Gestaltung der sozialen Zukunft Europas	8
– Weiterentwicklung des Europäischen Sozial- und Gesellschafts- modells	8
– Chance und Herausforderung des demografischen Wandels	8
– Stärkung der Städte und Regionen sowie des ländlichen Raums	9
– Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe am Arbeitsmarkt ...	9
– innovative und präventive Gesundheitspolitik	9

	Seite
3. Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Europas	9
– Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes	9
– moderne, wettbewerbsfähige und nachhaltige Agrar- und Fischereipolitik	10
III. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	10
1. Stärkung der Sicherheit, Steuerung der Migration und Förderung der Integration	11
– enge polizeiliche Zusammenarbeit und gemeinsame Terrorismusbekämpfung	11
– kohärente Asyl- und Migrationspolitik	11
– Integration und interkultureller Dialog	11
– effizienterer Schutz der Außengrenzen	12
2. Stärkung der Freiheit und des Rechts	12
– Stärkung der Bürgerrechte	12
– mehr Rechtssicherheit für Bürger und Wirtschaft	12
– Stärkung der Justiz und der praktischen Zusammenarbeit	12
– aktive Verbraucherschutzpolitik	13
IV. Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik und der Entwicklungspolitik	13
– Erweiterung der EU und Ausbau des europäischen Raumes der Sicherheit und Stabilität	13
– multilaterales Engagement, aktives Krisenmanagement und Nichtverbreitung	14
– Stärkung von GASP und ESVP	14
– strategische Partnerschaften und aktive Außenwirtschaftspolitik ...	14
– Stärkung von Handel und der internationalen Wettbewerbs- fähigkeit Europas	14
– Stärkung nachhaltiger Entwicklung	15
Anhang: Konferenzkalender	16

Grundlage des Programms der deutschen EU-Präsidentschaft ist das Achtzehnmonatsprogramm der drei Präsidentschaften Deutschland, Portugal und Slowenien. Es baut auf den Arbeiten des finnischen Vorsitzes auf und berücksichtigt das Arbeitsprogramm der Kommission für 2007.

Einleitung

Deutschland übernimmt den Vorsitz in der Europäischen Union zu einer Zeit, in der sich die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zum 50. Mal jährt. Der Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre offenbart eine beispiellose Erfolgsgeschichte: Aus der am 25. März 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist eine Union – mit der Erweiterung um Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 – von 27 Mitgliedstaaten geworden, die nach den leidvollen Erfahrungen von zwei Weltkriegen und der darauf folgenden Spaltung nun den europäischen Kontinent in Frieden eint und Wohlstand sowie Stabilität auf einem in der Geschichte dieses Kontinents nie gekanntem Niveau gewährleistet. Mit dem Binnenmarkt, einer gemeinsamen Währung und einem gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben die Mitgliedstaaten einen weltweit einzigartigen Integrationsraum geschaffen. Nach außen hat sich die Union zu einer globalen Handelsmacht und zu einem gewichtigen Faktor in der internationalen Politik entwickelt. Die europäische Integration ist das Fundament unserer gemeinsamen Zukunft. Sie muss dynamisch weiterentwickelt werden.

Zum fünfzigsten Jahrestag der Römischen Verträge werden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments anlässlich eines Festaktes in Berlin zusammenkommen. Dabei soll in einer gemeinsamen Erklärung an die europäischen Werte und Ziele erinnert sowie eine gemeinsame Verpflichtung eingegangen werden, die anstehenden Aufgaben zu lösen.

Die fortschreitende Globalisierung wirft – mit allen Chancen, die sie bietet – Fragen nach der Zukunft und der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells auf. Auf zahlreichen Feldern wie dem globalen Handel, dem Umweltschutz, der inneren und äußeren Sicherheit können die Mitgliedstaaten ihre Interessen in der Welt von morgen einzeln nicht ausreichend wirksam vertreten.

Europa muss daher zeigen, dass es in einer globalisierten Welt Politik nach innen wie nach außen gemäß seinen Wertvorstellungen gestalten kann. Die Europäische Union will ihre Vorstellungen einer nachhaltigen, effizienten und gerechten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in den globalen Gestaltungsprozess einbringen und damit das europäische Lebensmodell bewahren. Dabei gilt gerade heute: Nur gemeinsam ist Europa stark genug, um im internationalen Umfeld zu bestehen. Nur gemeinsam wird Europa gelingen.

Deutschland möchte während seiner Präsidentschaft einen Beitrag leisten, damit den internen und externen Herausforderungen der Europäischen Union effektiv begegnet werden kann. Dabei werden im Vordergrund stehen: die Fortführung des Verfassungsprozesses, die Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie der Ausbau des europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraumes. Die Europäischen Räte (Gipfel) werden sich im Schwerpunkt mit der Gestaltung der wirt-

schaftlichen und sozialen Zukunft Europas (8./9. März) und mit der Zukunft des EU-Verfassungsvertrags (21./22. Juni) befassen.

Der Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrages sieht die notwendigen inneren Reformen vor, um die Zukunftsfähigkeit der größer gewordenen Europäischen Union zu gewährleisten. Die deutsche Präsidentschaft wird ausführliche Konsultationen mit allen EU-Partnern und den Organen der EU führen und mit Nachdruck darauf hinarbeiten, gemäß den Beschlüssen auf europäischer Ebene den Reformprozess der EU fortzusetzen.

Europa wird sein Gewicht nur zur Geltung bringen können, wenn es wirtschaftlich stark und dynamisch ist. Deutschland tritt dabei ein für eine Wirtschaftsordnung, die wettbewerbsfähig ist und gleichzeitig soziale und ökologische Verantwortung gewährleistet. Die deutsche Präsidentschaft wird auf ein ausgewogenes Paket von Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätzen sowie von sozialem Zusammenhalt und gesunder Umwelt drängen.

Die Präsidentschaft wird sich für einen funktionsfähigen Binnenmarkt einsetzen, dessen Integrationskraft die gesamte europäische Entwicklung positiv beeinflusst. Sie wird weitere Anstöße für den Prozess der besseren Rechtssetzung geben mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu verbessern. Sie wird zudem die soziale Dimension der europäischen Politik deutlich machen und die Rolle von Forschung, Innovation und Wissen als Impulsgeber für Wachstum und Beschäftigung stärken.

Der Klimaschutz muss weltweit verstärkt werden, um ökonomische, soziale und ökologische Verwerfungen zu verhindern. Dabei kommt der EU bei der Bekämpfung des Klimawandels weltweit eine Vorreiterrolle zu. Der deutsche Vorsitz wird sich daher für eine gemeinsame EU-Position für den internationalen Klimaschutz nach 2012 einsetzen. Hierbei sind die Entwicklung eines Verhandlungspakets mit Vorschlägen für Emissionsminderungsziele und Optionen zur Einbindung weiterer großer Treibhausgasemittenten von besonderer Bedeutung. Damit kann die Union auch andere Staaten von der Notwendigkeit überzeugen, den Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase zu vermindern.

Eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung ist ein entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung Europas. Die Vollendung des Binnenmarktes für Strom und Gas, Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien, eine engere Zusammenarbeit mit Liefer-, Transit- und Verbraucherländern und eine entwicklungsförderliche Ausgestaltung der Energiepolitik stehen für die deutsche Präsidentschaft dabei im Mittelpunkt. Die Präsidentschaft strebt die Verabschiedung eines ambitionierten Aktionsplans Energie beim Europäischen Rat im März 2007 an.

Der deutsche Vorsitz strebt unter Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte substanzielle Fortschritte bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität an.

Auf dem Feld der Außenbeziehungen ist vorrangiges Ziel, den europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraum auszubauen. Der Vorsitz wird sich neben der Heranführung und Stabilisierung des westlichen Balkans insbesondere für eine Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie den Ausbau der Beziehungen zu Russland und Zentralasien einsetzen. Er wird die Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens intensivieren.

I. Eine handlungsfähige Gemeinschaft – die EU weiterentwickeln

Der Entwurf für einen europäischen Verfassungsvertrag sieht wichtige Fortschritte für ein wertorientiertes und sozial gerechtes Europa vor, für mehr Bürgerrechte, für eine Verstärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, für eine bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Union und den Mitgliedstaaten, für eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente und für eine stärkere Außen- und Sicherheitspolitik. Er macht die Europäische Union demokratischer, handlungsfähiger, effizienter und transparenter.

Angesichts des ins Stocken geratenen Ratifizierungsprozesses des Verfassungsvertrags hat der Europäische Rat am 15./16. Juni 2006 die deutsche Präsidentschaft beauftragt, in der ersten Jahreshälfte 2007 mit den EU-Mitgliedstaaten ausführliche Konsultationen zu führen und anschließend dem Europäischen Rat einen Bericht vorzulegen. Der Bericht soll mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen und als Grundlage für Beschlüsse dienen, wie der Reformprozess der EU fortgesetzt werden soll.

II. Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas

Um Wachstum und Beschäftigung in Europa auf Dauer zu sichern, muss Europa – auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung – seine wirtschaftliche Dynamik wiedergewinnen. Zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft und der Grundlagen unserer sozialen Systeme, müssen vorhandene Ressourcen mobilisiert, Wachstum und Beschäftigung systematisch gestärkt sowie ein innovationsfreudiges „Europa des Wissens“ durch mehr Investitionen in Bildung und Forschung gefördert werden.

Mit der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung stellen sich die Staaten der Europäischen Union dieser Herausforderung. Dabei kommt es darauf an, den richtigen Mix von Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätzen sowie von sozialem Zusammenhalt und gesunder Umwelt zu finden. Es liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die auf Grundlage der Lissabon-Strategie erarbeiteten nationalen Reformprogramme konsequent umzusetzen. Die EU muss die Maßnahmen ergreifen, mit denen ein echter europäischer Mehrwert erzeugt werden kann.

1. Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft

– Vollendung des Binnenmarkts und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen

Europa ist gemessen an seiner Wirtschaftskraft der größte Binnenmarkt der Welt. Das Potential dieses Markts gilt es zur Steigerung des Wachstums und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen. Hierzu wird der deutsche Vorsitz folgendes in die Wege leiten:

Gemeinsam mit der Kommission sollen erstens im Rahmen der neuen Binnenmarktstrategie Maßnahmen zur Stärkung Europas im globalen Kontext ergriffen werden. Hierzu müssen insbesondere die Innovationskräfte gestärkt und die Marktöffnung in Wachstumsbranchen vorgebracht werden. Konkret strebt der Vorsitz Fortschritte bei der vollständigen Liberalisierung des europäischen Markts für Postdienstleistungen und bei der Überarbeitung des Rechtsrahmens für Telekommunikation sowie eine leistungs- und wettbewerbsfähige Informationsgesellschaft (i2010) an. Deutschland wird sich für die Verabschiedung der Roaming-Verordnung einsetzen, um europaweit eine preisgünstigere Nutzung des Mobiltelefons im Ausland zu erreichen. Der Vorsitz wird sich ebenfalls für ein gestärktes und effizientes Rechtssystem bei öffentlichen Aufträgen, die Weiterentwicklung der Normung und Standardisierung von Produkten und Dienstleistungen sowie Erleichterungen im Bereich des Warenverkehrs durch das Instrument der gegenseitigen Anerkennung einsetzen. Die Harmonisierung des Gesellschaftsrechts soll ebenso vorgebracht werden wie die Umsetzung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen u. a. durch weitere Konvergenz im Aufsichtshandeln. Die Arbeiten an einem modernisierten Zollkodex und der e-Zollinitiative, mit der ein einheitliches elektronisches Umfeld für EU-Zollverwaltungen und Handel geschaffen werden soll, werden vorgebracht. Daneben wird sich die Präsidentschaft für eine Verbesserung des europäischen Patentsystems einsetzen, insbesondere durch Fortschritte bei dem von der europäischen Wirtschaft geforderten einheitlichen Streitbeilegungssystem.

Zweitens soll die Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Sektors, der Dienstleistungswirtschaft und insbesondere der klein- und mittelständischen Unternehmen durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen gestärkt werden. Auf der Grundlage des industriepolitischen Arbeitsprogramms der Kommission wird die deutsche Präsidentschaft die Umsetzung der horizontalen und sektoralen Initiativen in den Ratsgremien und anderen Foren vorantreiben. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Automobilindustrie, zu der die Kommission unter Berücksichtigung der sektorspezifischen Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe (CARS 21) eine Mitteilung vorgelegt hat.

Der deutsche Vorsitz wird sich zudem, gemeinsam mit der Kommission, für präzise Handlungsempfehlungen und Initiativen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit weiterer Sektoren wie der Textil- und Bekleidungsindustrie, des Maschinenbaus, der Keramik und der Biotechnologie einsetzen. Auch die Wechselwirkungen

zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umweltpolitik sollen in diesem Licht thematisiert werden. Die Kommission hat hierzu eine Hochrangige Gruppe Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt eingesetzt.

Bei der Umsetzung des 7. Forschungsrahmenprogramms und des neuen Rahmenprogramms Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (CIP) wird von Beginn an darauf geachtet, dass die kleineren und mittleren Unternehmen einen konkreten Nutzen aus den Fördermaßnahmen ziehen. Der deutsche Vorsitz will Innovationen im Mittelstand durch Weiterentwicklung der neuen Finanzierungsinstrumente und die Stimulierung der öffentlichen Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen stärken. Ein besonderes Augenmerk wird auch den Herausforderungen gelten, vor denen das Handwerk steht. Deutschland wird mit einer Konferenz auf Ministerebene die Bedeutung des Tourismus als Wachstumsbranche unterstreichen.

Drittens wird die Präsidentschaft die Diskussion über die externe Dimension der Wettbewerbsfähigkeit der Union auf Grundlage der Mitteilung der Kommission fortführen und die Umsetzung wichtiger Einzelmaßnahmen vorantreiben. Hierbei geht es insbesondere um Initiativen in den Bereichen der multilateralen und bilateralen Handelsbeziehungen, zur Stärkung handelspolitischer Schutzinstrumente, zur Sicherstellung der europäischen Rohstoffversorgung sowie zur besseren Abstimmung interner und externer EU-Politiken (s. auch Kapitel IV).

Schließlich sieht Deutschland in der Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen. Dieses Projekt soll in der deutschen Präsidentschaft weiter vorangebracht werden, damit die Kommission wie angekündigt ihren Legislativvorschlag 2008 vorlegen kann.

– **wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik**

Die erweiterte EU braucht schlanke und zielgerichtete Verfahren der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung. Sie müssen für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar sein und einen Beitrag dazu leisten, Verständnis für die Notwendigkeit fortgesetzter wirtschaftspolitischer Reformen zu schaffen. Die deutsche Präsidentschaft wird sich im Einklang mit den zu aktualisierenden Grundzügen der Wirtschaftspolitik für eine effektive Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken einsetzen. Länderspezifische Empfehlungen müssen darauf ausgerichtet sein, eine dynamische und stabile wirtschaftliche Entwicklung und nachhaltige öffentliche Finanzen in allen Mitgliedstaaten sowie ein hohes Maß an Kohärenz in der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten.

Anfang 2007 wird Slowenien als weiterer Mitgliedstaat den Euro einführen. Der deutsche Vorsitz wird andere Mitgliedstaaten bei ihren Vorbereitungsarbeiten zur Euroeinführung, die einen hohen Grad an nachhaltiger Konvergenz voraussetzt, unterstützen. Hierzu wird auf gründ-

liche und rasche Konvergenzprüfungen auf Grundlage der EG-vertraglichen Kriterien geachtet werden.

Die Qualität der öffentlichen Finanzen gewinnt im Hinblick auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung sowie der Globalisierung an Bedeutung. Der deutsche Vorsitz wird einen Informations- und Erfahrungsaustausch zur Verbesserung der Budgetstrukturen und Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Haushalte intensivieren. Im Vordergrund werden die Bedeutung institutioneller Rahmenbedingungen für die Qualität der öffentlichen Finanzen und die Verbesserung von Effektivität und Effizienz bei der Verwendung öffentlicher Mittel stehen.

Eine effektive Bekämpfung von Steuermisbrauch leistet einen wichtigen Beitrag zur Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Die Sicherstellung einer gerechten Umsatzsteuererhebung und die Sicherung des Steueraufkommens werden deshalb ein wichtiger Punkt des deutschen Vorsitzes sein.

– **bessere Rechtsetzung**

Bessere Rechtsetzung ist ein zentraler Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die europäischen Unternehmen und zur Senkung unnötiger Bürokratiekosten. Daher wird die deutsche Präsidentschaft die Arbeiten der Kommission in diesem Bereich nachdrücklich unterstützen.

Gemeinsam mit der portugiesischen und slowenischen Präsidentschaft wird Deutschland die Initiative „Bessere Rechtsetzung in Europa“ der vorangegangenen Präsidentschaften seit 2004 fortführen. Dabei wird der Abbau bereits bestehender Bürokratiekosten von zentraler Bedeutung sein. Deutschland strebt die Festlegung konkreter quantitativer Ziele an, ähnlich wie dies bereits in den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien eingeführt worden ist. Zu diesem Zweck soll auf EU-Ebene ein einheitliches Verfahren zur Messung von Bürokratiekosten Anwendung finden. Der Vorsitz wird die Rechtsvereinfachung im Hinblick auf das bestehende Recht als politisch prioritäre Aufgabe aller EU-Institutionen vorantreiben und auch dabei insbesondere auf den Abbau von bereits bestehenden Bürokratiekosten achten. Schließlich wird die konsequente Durchführung von Folgenabschätzungen für neue Vorhaben ein wichtiges Element des deutschen Aktionsplans sein, um unnötige Belastungen für Unternehmen zu verhindern sowie soziale Auswirkungen und den Schutz der Umwelt bereits im Prozess der Rechtsetzung zu berücksichtigen.

– **Gewährleistung einer sicheren, umweltverträglichen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung**

Eine sichere, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung Europas. Sie zu gewährleisten, wird zunehmend schwieriger: Faktoren sind die Endlichkeit fossiler Energieträger vor dem Hintergrund weltweit wachsender Nachfrage, die anhaltend hohen Preise für Öl und Gas, die wachsenden Instabilitäten in bestimmten Weltregionen und die Auswirkungen des

Klimawandels. Angesichts dieser Herausforderungen wird die Verabschiedung des europäischen Aktionsplans Energiepolitik ein Schwerpunkt des Europäischen Rats im Frühjahr 2007 sein.

Die Vollendung des Binnenmarkts für Strom und Gas zum 1. Juli 2007 ist ein wichtiges Ziel der europäischen Energiepolitik. Der deutsche Vorsitz wird sich für die vollständige Öffnung der Märkte für Strom und Erdgas auf der Grundlage einer gleichmäßigen Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen. Angesichts der hohen Preise für Strom und Gas ist es wichtig, dass der Wettbewerb in Europa an Schwung gewinnt. Der Umsetzungsbericht der Europäischen Kommission zum 2. Binnenmarktpaket und ihr Abschlussbericht zur Sektorenüberprüfung werden Anfang 2007 offen legen, wo Defizite bestehen, wo die Mitgliedstaaten nacharbeiten müssen und wo eventuelle ergänzende neue Weichenstellungen nötig sind.

Im Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit muss der Energieimportbedarf durch die Steigerung der Energieeffizienz, Einsparungen, den Ausbau erneuerbarer Energien (auch im Kälte-/Wärmebereich), u. a. durch verstärkte Nutzung des Biomassepotentials und nachwachsender Rohstoffe, begrenzt werden. Alle EU-Mitgliedstaaten sind gefordert, die gesetzten Ziele bis 2010 zu realisieren. Deutschland wird die Fortschreibung klarer mittel- und langfristiger Zielvorgaben bei den erneuerbaren Energien befördern.

Ein Schwerpunkt im Hinblick auf die Steigerung der Energieeffizienz wird der Gebäudesektor als Hauptnachfrager von Energie sowie der Produktbereich sein. Die deutsche Präsidentschaft wird sich auch für die Weichenstellung zugunsten einer langfristigen und kohärenten EU-Kraftstoffstrategie einsetzen und wird Vorschläge zu innovativen Antrieben vorantreiben. Dabei gilt es auch, die europäische Technologieführerschaft auf diesem Feld zu sichern. Mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm sollen Forschung und Innovation im Energiebereich gestärkt werden.

Nach außen muss die EU die energiepolitische Partnerschaft mit wichtigen Lieferanten-, Transit- und Verbraucherländern durch einen intensiven Dialog im Rahmen eines kooperativen Ansatzes und unter stärkerer Einbeziehung der Mitgliedstaaten auf eine solide und verlässliche Grundlage stellen. Dabei kommt der weiteren Ausgestaltung der Energiedialoge insbesondere mit Russland und den USA besondere Bedeutung zu. Auch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden Energiethemen verstärkt berücksichtigt. Der deutsche Vorsitz wird daneben einen besonderen Schwerpunkt auf eine entwicklungsförderliche Ausgestaltung der EU-Energiepolitik legen und in der Zusammenarbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern den Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz besondere Priorität einräumen. Auch in der VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung im Mai 2007 wird sich die EU insbesondere für diese Themen einsetzen.

– **Förderung von Umwelttechnologien**

Die Wettbewerbsfähigkeit wird durch die Entwicklung von ressourcenschonenden und energieeffizienten Technologien gestärkt. Umwelttechnologien sind ein wichtiger Impulsgeber für Innovation und Beschäftigung. Die deutsche Präsidentschaft wird hierzu eine Initiative starten; das Thema wird Schwerpunkt eines Treffens der Umweltminister sein.

– **Förderung von Forschung und Entwicklung**

Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum setzen erhebliche Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung voraus. Vor diesem Hintergrund hat die EU beschlossen, dass bis 2010 mindestens 3 Prozent des BIP in die Forschung und Entwicklung investiert werden.

Die deutsche Präsidentschaft wird in Fortführung des finnischen Präsidentschaftsprogramms die Förderung von Innovationen im privaten und öffentlichen Bereich zu einem Schwerpunkt machen. Dabei wird die gesamte Wertschöpfungskette von der Stärkung der Grundlagenforschung bis zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt. Mit dem Start des 7. Forschungsrahmenprogramms und des Europäischen Forschungsrats (ERC) Anfang 2007 ist die richtige Ausgangslage hierfür gegeben.

Zur Stärkung der Investitionen in Forschung und Entwicklung müssen neben dem EU-Forschungsrahmenprogramm auch weitere EU-Finanzierungsinstrumente genutzt werden. So sollen z. B. die Strukturfonds auch zur Verbesserung der Integration der neuen Mitgliedstaaten in den Europäischen Forschungsraum eingesetzt werden, um das Synergiepotential dieser Instrumente mit dem am Exzellenzprinzip ausgerichteten EU-Forschungsrahmenprogramm auszuschöpfen. Der deutsche Vorsitz wird die Kommission bei der Erarbeitung eines Leitfadens unterstützen, der den neuen Mitgliedstaaten praktische Hilfestellung zu Fragen der Finanzierung von Forschungsinfrastrukturen durch die Kombination von Strukturfondsmitteln mit Mitteln des 7. Forschungsrahmenprogramms gibt. Hier sollen mehr Transparenz und eine verbesserte und vereinfachte Nutzung der komplizierten Regelwerke ermöglicht werden.

Zur Steigerung der Innovationsfähigkeit Europas muss die technologische und anwendungsorientierte Forschung gestärkt werden. Dazu sind die bestehenden Potentiale an Hochschulen, sonstigen Forschungseinrichtungen und Unternehmen besser miteinander zu verknüpfen.

Sowohl die Verbesserung der Nutzung von Forschungsergebnissen als auch die Verhinderung unkontrollierten Know-How-Abflusses sind zunehmend wichtige Themen im Kontext des globalen Wettbewerbs. Die deutsche Präsidentschaft wird eine Initiative zu einer Charta zum Umgang mit geistigem Eigentum an öffentlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen starten, um so auch einen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit von öffentlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen mit der Wirtschaft zu leisten.

Auf dem unter deutscher Präsidentschaft geplanten gemeinsamen Rat von EU und ESA zur Weltraumpolitik soll der Grundstein für ein Europäisches Weltraumprogramm gelegt werden, das dem Wandel der Raumfahrt zu einer stärkeren Nutzerorientierung Rechnung trägt und, auf den Raumfahrtaktivitäten von EU und ESA aufbauend, Ziele und Prioritäten setzt.

– **Stärkung der europäischen Bildungszusammenarbeit**

Europa kann im Bildungsbereich auf seine jahrhundertealte Tradition von Spitzenleistungen stolz sein. Angesichts herausragender Leistungen in anderen Regionen der Welt wie Nordamerika und Asien müssen die Europäer ihre Fähigkeiten stärker vernetzen und bündeln. Bildung ist ein zentraler Schlüssel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb Europas und ein wichtiger Katalysator der europäischen Integration. Gemeinsames Ziel bleibt die Schaffung eines Europas des Wissens.

Der deutsche Vorsitz wird sich für die konsequente Umsetzung des bis 2010 laufenden Arbeitsprogramms der Bildungsminister „Allgemeine & berufliche Bildung 2010“ einsetzen. Durch einen „europäischen Qualifikationsrahmen“ will der Vorsitz die Vergleichbarkeit beruflicher Kompetenzen und damit auch die Mobilität innerhalb Europas erhöhen. Daneben sollen die Arbeiten zur Erwachsenenbildung sowie zur Systematik der Indikatoren im Bildungsbereich und zur Bildungsforschung vorangetrieben werden. Gemeinsam mit der Kommission wird Deutschland die Startkonferenz für das Programm Lebenslanges Lernen ausrichten.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird eine Ministerkonferenz eine kritische Bestandsaufnahme der Anerkennung von Studienabschlüssen, Studienstrukturen und Qualitätssicherung vornehmen und weitere notwendige Schritte vereinbaren. Deutschland wird die Beschlüsse unter finnischer Präsidentschaft im Rahmen des Brügge-Kopenhagen-Prozesses in der Beruflichen Bildung in konkrete Maßnahmen übersetzen.

– **moderne europäische Verkehrspolitik**

Die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Stärkung von Wachstum setzen ein leistungsfähiges, nachhaltiges und sicheres Verkehrssystem voraus. Insbesondere der Bereich Logistik, als zentrale Komponente intelligenter Steuerung moderner Verkehrsprozesse, ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas von strategischer Bedeutung. Auf den Arbeiten der finnischen Präsidentschaft aufbauend wird der deutsche Vorsitz auf eine zügige Verabschiedung des europäischen Aktionsplans Logistik hinarbeiten.

Auf dem Gebiet des Luftverkehrs strebt Deutschland die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Luftverkehrswirtschaft an. Deutschland wird sich für substantielle Ergebnisse bei den laufenden Luftverkehrsverhandlungen mit den USA einsetzen. Der Vorsitz strebt einen Beschluss zur Errichtung des gemeinsamen Unternehmens SESAR an, mit dessen Hilfe ein

konkurrenzfähiges europäisches Flugmanagementsystem geschaffen werden soll. Daneben ist die 1. Stufe der Erweiterung der Aufgaben der Europäischen Agentur für Flugsicherheit zu beschließen, um die Sicherheit im Luftraum weiter zu verbessern.

Um die Potenziale der Schiene als wettbewerbsfähige Alternative in einem leistungsfähigen Verkehrssystem zu nutzen, müssen die noch bestehenden Barrieren und Zugangshemmnisse im europäischen Bahnverkehr abgebaut werden. Der Vorsitz will daher den Rechtsetzungsprozess zur Vollendung des Europäischen Eisenbahnraums voranbringen und insbesondere die Beratungen zum 3. Eisenbahnpaket abschließen. Die Beratungen über die Verordnung zu Öffentlichen Personenverkehrsdiensten will Deutschland zu Ende führen.

Deutschland hat sich auch die weitere Verbesserung der Sicherheit auf Europas Straßen vorgenommen. Ein Schwerpunkt wird insbesondere auf Fortschritten im Bereich der e-Safety-Initiative liegen, die sicherheitsrelevante Innovationen bei Kraftfahrzeugen, die Elektronik nutzen, zusammenfasst.

Der Vorsitz ist auch gefordert, die von der Kommission vorgelegten Vorschläge zur Sicherheit des Seeverkehrs weiter voranzubringen, er wird sich dabei auf die Behandlung einzelner ausgewählter Themen konzentrieren.

Deutschland wird sich für die konkrete Förderung von Innovationen und Zukunftstechnologien im Verkehrsbereich einsetzen: Dies gilt insbesondere in Bezug auf den weiteren Aufbau des Satellitennavigationssystems Galileo als dem derzeit bedeutendsten europäischen Technologievorhaben. Hier wird es darum gehen, Fortschritte bei den Konzessionsverhandlungen mit dem privaten Betreiber zu erzielen sowie neue zusätzliche Anwendungsbereiche zu identifizieren.

Bei dem ebenfalls bedeutsamen Technologieprojekt GMES (Erdbeobachtungssystem zum Nutzen von Umwelt und Sicherheit, das weltraum-, luft- und bodengestützte Techniken zusammenführt) wird sich der Vorsitz für eine rasche Klärung der Managementstrukturen und Finanzierungsfragen einsetzen.

– **integrierte Meerespolitik**

Die künftige Meerespolitik der EU muss dazu beitragen, im maritimen Bereich Wachstum und Beschäftigung im Sinne der Lissabon-Strategie zu fördern und zugleich die Meeresumwelt zu schützen. Dazu bedarf es einer integrierten Meerespolitik, die alle maritimen Wirtschaftsbereiche (z. B. Hafenwirtschaft, Schiffbau und Meerestechnik, Nutzung von Ressourcen aus dem Meer, Fischerei, Meeresbergbau, Meeresforschung, Seeverkehr, Tourismus) einbezieht. Der Vorsitz wird zur Begleitung des einjährigen Konsultationsprozesses der Kommission eine hochrangige Konferenz durchführen.

– **moderne Kultur- und Medienpolitik**

Kultur- und Medienpolitik fördern die kulturelle Identität Europas und unterstreichen die europäische Vielfalt. Fast

sechs Millionen Menschen – mit wachsender Tendenz – arbeiten in Europas Kultur- und Medienlandschaft. Der deutsche Vorsitz wird sich für die Ausarbeitung gemeinsamer Empfehlungen einsetzen, wie das Potenzial der Kulturwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung noch stärker genutzt werden kann. Prioritäre Vorhaben im Kulturbereich sollen in einem mehrjährigen Arbeitsplan zusammengefasst werden.

Um den Rechtsrahmen für Fernsehdienste den technologischen Entwicklungen insbesondere durch das Internet anzupassen, wird der Vorsitz die Arbeiten an der Revision der Fernsehrichtlinie fortsetzen.

– **leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung**

Eine gute öffentliche Verwaltung muss in der Lage sein, hochwertige Dienstleistungen zu erbringen. Dabei wird Deutschland sich dafür einsetzen, die Möglichkeiten des e-Government intensiver zu nutzen und grenzüberschreitende Standards festzulegen. Der Vorsitz strebt an, das Europäische Netzwerk der öffentlichen Verwaltungen (European Public Administration Network, EPAN) zu einem Forum für den europäischen Sozialen Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst auf zentralstaatlicher Ebene auszubauen. Schwerpunkte der Arbeit sollen die Untersuchung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den öffentlichen Dienst, der Erfahrungsaustausch über Leistungsorientierung und Mobilität sowie die Entwicklung von Leitlinien zur Messung der Kundenzufriedenheit sein.

2. Sicherung von Beschäftigung und Gestaltung der sozialen Zukunft Europas

Europa ist mehr als wirtschaftliche Effizienz und Marktwirtschaft: die europäische Integration hat auch eine soziale Dimension, die für viele Menschen am Beitrag der EU zur Schaffung von Beschäftigung und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erkennbar wird. Darüber hinaus muss die EU ihren Beitrag leisten, die europäische Lebensweise und Identität, die Wertvorstellungen einer sozialen Ordnung in der Ära der Globalisierung und des schnellen demografischen Wandels zu sichern und fortzuentwickeln. Insbesondere durch eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit sollen die Mitgliedstaaten sowie die EU ihr Engagement für das soziale Europa deutlich machen. Dies ist von wesentlicher Bedeutung für die Akzeptanz der europäischen Integration bei den Bürgerinnen und Bürgern.

– **Weiterentwicklung des Europäischen Sozialmodells**

Die Europäische Sozialagenda unterstreicht, dass Sozial-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig ergänzen. Die Agenda soll Sicherheit im Wandel schaffen. Ziel ist es, die für den Arbeitsmarkt notwendige Flexibilität mit sozialem Schutz und sozialer Sicherheit zu verbinden („Flexicurity“). Ein Schwerpunkt des Erfahrungsaustaus-

ches zwischen den Mitgliedstaaten soll auf der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt liegen.

Die Debatte um das europäische Sozialmodell ist mit konkreten Inhalten zu füllen. Im Rahmen einer Ministerkonferenz zur Zukunft des europäischen Sozialmodells soll die positive Wechselwirkung der drei Politikbereiche Wirtschaft, Beschäftigung und Soziales durch konkrete Beispiele einer erfolgreichen Verzahnung sichtbar gemacht werden.

Europäische Gesetzesvorhaben sollten künftig öffentlich stärker wahrgenommen und auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden. Hier wird die Präsidentschaft einen besonderen Akzent setzen.

Zur Stärkung der Arbeitnehmermobilität wird Deutschland insbesondere die Arbeiten an der Richtlinie zur Übertragbarkeit von Betriebsrenten fortführen und dabei gleichzeitig auf den Schutz gewachsener nationaler Betriebsrentensysteme achten.

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern soll die systematische Evaluierung europäischer Arbeitsschutzrichtlinien eingeleitet bzw. fortgesetzt werden. Es bedarf der Klärung, ob die Ziele einzelner Richtlinien richtig gewählt wurden, die in den Richtlinien eingesetzten Instrumente geeignet sind, die in der betrieblichen Praxis angestrebte positive Wirkung zu entfalten und ob bzw. wo Handlungsbedarf besteht. Die Präsidentschaft wird die Arbeiten an der Gemeinschaftsstrategie zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz aufnehmen.

– **Chance und Herausforderung des demografischen Wandels**

Der demografische Wandel wird die Gesellschaften der EU-Staaten in den kommenden Jahrzehnten vor komplexe Herausforderungen stellen. Auf der einen Seite beinhaltet die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung Potenziale für Staat, Gesellschaft und Familie. Auf der anderen Seite wird der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung sinken. Weniger Kinder und junge Menschen können weniger Wohlstand, weniger Dynamik, weniger Innovation und weniger Lebensqualität bedeuten.

Vor diesem Hintergrund ist die Gestaltung des demografischen Wandels ein zentrales Thema für unsere Gesellschaften. Auf EU-Ebene soll der Erfahrungsaustausch intensiviert werden, wie die Potenziale und das Erfahrungswissen der älteren Generation für Wirtschaft und Gesellschaft besser genutzt und wie die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer nachhaltig erhöht werden können. Deutschland beabsichtigt, den Diskussionsprozess über das wirtschaftliche Potenzial älterer Menschen auf europäischer Ebene fortzuführen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen in vielen Teilen Europas ist deren Integration in den Arbeitsmarkt prioritär. Gemeinsam mit den europäischen Partnern wird der deutsche Vorsitz den Europäischen Pakt für die Jugend und das europäische Programm „Jugend in Aktion“ umsetzen, die einen umfassenden Rahmen zur

außerschulischen Förderung der Jugend bieten. Der Vorsitz strebt konkrete Beschlüsse zur besseren sozialen Integration insbesondere auch benachteiligter junger Menschen an.

Erfolgreiche und nachhaltige Familienpolitik ist Voraussetzung dafür, dass der in vielen Mitgliedstaaten der Union bestehende Trend zu einer immer geringeren Geburtenrate umgekehrt werden kann. Die Präsidentschaft möchte daher zu nachhaltiger Familienpolitik einen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene initiieren und strebt die Verabschiedung einer „Europäischen Allianz für Familien“ an.

– **Stärkung der Städte und Regionen sowie des ländlichen Raums**

Fragen der Raum- und Stadtentwicklung stellen sich in vielen Regionen Europas in ähnlicher Weise. Eine integrierte Stadtentwicklung und eine stärkere Verzahnung der Raum- und Stadtentwicklungspolitik tragen sowohl zu einer nachhaltigen Gestaltung des demografischen Wandels als auch zu einer wachstumsorientierten Regionalpolitik bei. Die Präsidentschaft wird einen Erfahrungsaustausch im Rahmen eines informellen Ministertreffens ermöglichen, u.a. mit dem Ziel, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in benachteiligten Stadtvierteln und zur Stärkung der dortigen lokalen Wirtschaft zu identifizieren.

Bei diesem Treffen wird die Verabschiedung einer „Leipzig-Charta“ mit Leitlinien für eine integrierte nachhaltige Stadtentwicklung sowie einer „Territorialen Agenda der EU“ mit Leitlinien für die Raumentwicklung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und bessere Nutzung der Vielfalt der Regionen angestrebt. Damit knüpft die Präsidentschaft an die Beschlüsse des Europäischen Rats zur nachhaltigen Entwicklung an und bezieht sie konkret auf die Entwicklung von Stadtquartieren, Städten und Regionen.

Von der demografischen Entwicklung sind in besonderem Maße auch die ländlichen Räume betroffen. Die Neuausrichtung der Agrarpolitik berücksichtigt die stärkere Verantwortung für die Regionalentwicklung. Die Präsidentschaft wird beim informellen Treffen der Agrarminister sowie bei weiteren Konferenzen Impulse für über den Agrarbereich hinausgehende Diskussionen auf EU-Ebene geben, um Konzepte und Instrumente für ländliche Räume weiter zu entwickeln.

– **Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe am Arbeitsmarkt**

Im Rahmen des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit 2007 kommt der Gewährleistung gleicher Chancen aller Bevölkerungsgruppen eine besondere Bedeutung zu. Die deutsche Präsidentschaft wird das Projekt eines Europäischen Gleichstellungsinstituts weiter befördern. Die „Roadmap für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 bis 2010“ ist auf der europäischen und der nationalen Ebene umzusetzen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu unterstützen. Im Rahmen eines

informellen Ministertreffens ist vorgesehen, Maßnahmen zur „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Erwerbs- und Familienarbeit“ und zur „Integration und Qualifizierung von Frauen mit Migrationshintergrund“ zu beraten. Bei der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie wird der Vorsitz besonderes Augenmerk auf die Chancengleichheit bei der Beschäftigung benachteiligter Personengruppen richten.

– **innovative und präventive Gesundheitspolitik**

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt das Thema Gesundheit weiter an Bedeutung. Weltweit bietet der Gesundheitssektor ein hohes Wachstumspotential; günstige Rahmenbedingungen für Innovationen behalten im Gesundheitsbereich daher eine hohe Priorität. Der Vorsitz wird die Behandlung des Verordnungsentwurfs zu neuartigen Therapien sowie die Novellierung der Medizinprodukterichtlinie vorantreiben bzw. abschließen.

Prävention und die Förderung gesunder Lebensstile sind Schlüssel zur Verbesserung der Gesundheit der Menschen und zur Senkung der krankheitsbedingten Kosten im Gesundheitssektor. Vor dem Hintergrund der aktuell bedrohlich steigenden Zahl von HIV-Neuinfektionen wird die Präsidentschaft einen besonderen Akzent auf Prävention legen. Eine Konferenz auf Ministerebene wird Möglichkeiten erörtern, wie die Zivilgesellschaft bei Maßnahmen der HIV/AIDS-Prävention stärker beteiligt und eingebunden werden kann. Daneben soll gesundheitliche Prävention exemplarisch am Beispiel von Bewegung und Ernährung vertieft analysiert werden.

Der Gemeinschaftsrahmen für sichere und hochwertige Gesundheitsdienste, von der Kommission für 2007 angekündigt, wird für die weitere Entwicklung der europäischen Gesundheitssysteme von großer Bedeutung sein. Ziel des Vorsitzes ist es, dabei größere Rechtssicherheit bei der Auslegung und Anwendung der Binnenmarktvorschriften im Bereich der Gesundheitspolitik herzustellen.

3. Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Europas

– **Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes**

Der EU kommt bei der Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel weltweit eine Führungsrolle zu. Den internationalen Klimaschutz wird der Vorsitz im Rahmen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls und auf der Basis des vereinbarten 2-Grad-Zieles für die Zeit nach 2012 voranbringen, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen, aber auch um langfristige Planungssicherheit für Investitionen in innovative, energiesparende Technologien zu schaffen. Hierbei sind die Entwicklung eines Verhandlungspakets mit Vorschlägen für Emissionsminderungsziele und Optionen zur Einbindung weiterer großer Treibhausgasemittenten sowie die Umsetzung und Fortentwicklung des Emissionshandels von besonderer Bedeutung. Der Vorsitz wird die Diskussion über die bisherigen Erfahrungen mit dem Emissionshandel im Rat vorantreiben und den für Ende

2006 angekündigten Vorschlag der Kommission zur Einbeziehung des Luftverkehrs in die Ratsarbeit einbringen.

Deutschland wird der nachhaltigen und umweltschonenden Mobilität Priorität einräumen. Dabei sollen die Beratungen über die Kommissionsvorschläge für eine Reduzierung von Schadstoffen (EURO 5 und 6 bei Pkw, EURO VI bei Lkw) vorangebracht bzw. abgeschlossen werden. Ein weiterer wichtiger Akzent liegt auf der Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Verringerung von CO₂-Emissionen von Pkw sowie der Maßnahmen im Bereich umweltschonenderer Kraftstoffe.

Die Präsidentschaft wird die Beratungen zu den Umweltbereichen Bodenschutz und Abfall intensivieren und beabsichtigt, den Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie für die Abfallwirtschaft abzuschließen. Der deutsche Vorsitz strebt den Abschluss der Beratungen über die Richtlinie zu bestimmten gefährlichen Stoffen in Gewässern an und wird sich für ein sicheres, effizienteres Chemikalienmanagement auf EU- und globaler Ebene einsetzen.

Ein besonderes Anliegen gilt dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt, deren Rückgang erschreckende Ausmaße angenommen hat. Um diesen Trend bis 2010 zumindest zu verlangsamen, sind zusätzliche Anstrengungen u. a. beim Schutz der Tropenwälder, nachhaltiger Forstwirtschaft, der Änderung bestimmter Fischereipraktiken, der Schaffung eines globalen Schutzgebietsnetzes, dem Ausweisen von Schutzgebieten auf Hoher See und bei der Finanzierung des globalen Naturschutzes erforderlich. In der Vorbereitung der 9. Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Deutschland soll durch substantielle Beiträge die Führungsrolle der EU in diesem Bereich bekräftigt werden.

– **moderne, wettbewerbsfähige und nachhaltige Agrar- und Fischereipolitik**

Für die Menschen in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen in der Europäischen Union kommt es darauf an, dass die Gemeinsame Agrarpolitik verlässlich, praxisgerecht und bürgernah ausgestaltet wird. Dazu ist insbesondere vorgesehen, das EU-Recht und die Kontrollvorschriften in diesem Bereich zu vereinfachen und mehr Transparenz herzustellen. Deutschland will des Weiteren vor allem die bestehenden 21 Marktordnungen zu einer einheitlichen Marktorganisation zusammenführen und die Reform der Marktordnungen bei Wein sowie bei Obst und Gemüse voranbringen.

Die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume erfordert zusätzliche Anstrengungen, damit diese nach der Konzentration und Neuausrichtung der Fördermaßnahmen einen Entwicklungsschub verzeichnen. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum soll durch weitere Diversifizierung unterstützt werden. Dazu zählt auch die Ausschöpfung des Potenzials von Innovationen, besonders im Bereich nachwachsender Rohstoffe für stoffliche und energetische Zwecke.

Sichere Lebensmittel und gesunde Ernährung gehören zu den Prioritäten des Vorsitzes. Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa erwarten zurecht ein hohes Schutz-

niveau, etwa bei den BSE-Schutzmaßnahmen, der Umsetzung des Aktionsplans Tierschutz und des Fahrplans zur Tiergesundheitsstrategie 2007 bis 2013. Auch im Bereich Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit unterstützt die Präsidentschaft eine weitere Rechtsharmonisierung bei einem unverändert hohen Schutzniveau.

Mit dem Ziel einer nachhaltigeren Bewirtschaftung der Fischereiressourcen sollen die mehrjährigen Bewirtschaftungspläne verabschiedet, und das Fischereimanagement modernisiert werden.

III. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bleibt zentrale Aufgabe europäischer Politik. Die Bürgerinnen und Bürger Europas erwarten unterschiedenes Handeln der EU zur Wahrung ihrer Freiheitsinteressen und ihrer Sicherheitsbedürfnisse, insbesondere beim Kampf gegen den Terrorismus und gegen die organisierte Kriminalität. Nur die intensive polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten kann auch künftig die innere Sicherheit in einem Raum ohne Binnengrenzen gewährleisten. Das Ziel ist mehr Sicherheit bei offenen Binnengrenzen und gleichzeitig die Stärkung der Bürgerrechte und die Schaffung von mehr Rechtssicherheit.

Eine weitere zentrale Herausforderung stellt die illegale Migration dar. Die EU muss gleichermaßen nach Süden wie nach Südosten und Osten schauen und innovative Konzepte entwickeln, die präventive Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern und verstärkte gemeinschaftliche Entwicklungshilfe verbinden. Zugleich muss der Schutz der gemeinsamen Außengrenzen der Union verbessert werden. Ein wesentliches Element der Bekämpfung von illegaler Migration und internationalem Terrorismus wird das europäische Visa-Informationssystem (VIS) sein.

Die Integration von Zuwanderern ist eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa. Durch erfolgreiche Integration von Zuwanderern gewinnen unsere Gesellschaften und ihr Zusammenhalt wird gesichert. Ein interkultureller bzw. interreligiöser Dialog ist nicht nur wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik, sondern dient auch der Verhinderung und Eindämmung von Antisemitismus, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Ohne Vollendung des europäischen Rechtsraums im zivil- und strafrechtlichen Bereich bleibt der europäische Binnenmarkt Stückwerk. Der zunehmende Personenverkehr und die wachsende grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit erfordern einen einfachen und diskriminierungsfreien Zugang zum Recht. Die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen schützt die Bürgerinnen und Bürger vor grenzübergreifenden juristischen Schwierigkeiten. Sie setzt aber auch das Vertrauen in die Rechtsordnung anderer Mitgliedstaaten voraus, für das die Sicherung von Bürgerrechten erforderlich ist.

1. Stärkung der Sicherheit, Steuerung der Migration und Förderung der Integration

– enge polizeiliche Zusammenarbeit und gemeinsame Terrorismusbekämpfung

Internationaler Terrorismus, Organisierte Kriminalität sowie Drogen- und Menschenhandel müssen in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts durch intensive grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit bekämpft werden. Ein prioritäres Anliegen der Präsidentschaft ist die Stärkung von Europol. Dazu gehören die Verbesserung der praktischen

Zusammenarbeit und, darauf aufbauend, Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung des Rechtsrahmens und eine Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Behörde.

Daneben misst der Vorsitz der Verbesserung der Zusammenarbeit der nationalen Polizeien hohe Bedeutung bei. Hierzu zählen insbesondere die Übertragung exekutiver Befugnisse auf Gastbeamte anderer Mitgliedstaaten und die Möglichkeit der Nacheile im Schengenraum. Deutschland wird sich dafür einsetzen, den am 27. Mai 2005 von sieben Mitgliedstaaten in Prüm geschlossenen Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, in den EU-Rahmen zu überführen (v. a. Zugriff auf DNA-, Fingerabdruck- und Kfz-Datenbanken).

Es ist unverzichtbar, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten über umfassende und tagesaktuelle Informationen verfügen. Zu diesem Zweck soll der Europäische Informationsverbund ausgebaut werden. Allen betroffenen Polizei- und Sicherheitsbehörden sollte zur Bekämpfung des Terrorismus und schwerer grenzüberschreitender Kriminalität der Zugang zu den EU-Informationssystemen (SIS, VIS, EURODAC, Zollinformationssystem) ermöglicht werden, soweit dies für die Aufgabenerfüllung notwendig ist. Nationale Datenbanken sollten allen Mitgliedstaaten und Europol sowie Eurojust im Rahmen des Erforderlichen zugänglich sein.

Zur Bekämpfung terroristischer Bedrohungen wird sich der Vorsitz für eine arbeitsteilige Form der Zusammenarbeit aller mit der Internetüberwachung befassten Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten, unter Einbindung von Europol, einsetzen. Darüber hinaus wird Deutschland die Europäische Kommission dabei unterstützen, verstärkt gegen die Verbreitung von Bombenbauanleitungen im Internet vorzugehen.

– kohärente Asyl- und Migrationspolitik

Der deutsche Vorsitz will die Europäische Kommission beim Aufbau des Visa-Informationssystem (VIS) unterstützen und das VIS zum wichtigen Instrument der engen Zusammenarbeit zur Bekämpfung von illegaler Migration und Visa-Missbrauch machen. Außerdem soll das VIS zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beitragen. Deutschland wird darüber hinaus die Harmonisierung bei der Nutzung biometrischer Daten im Visabereich

sowie bei Aufenthaltstiteln, Pässen und Ausweisen vorantreiben.

Die Präsidentschaft wird sich auch für den Ausbau der gemeinsamen Rückübernahmepolitik einsetzen und insbesondere den Abschluss entsprechender Abkommen vorantreiben. Daneben wird die praktische Zusammenarbeit bei der Rückführung von Drittstaatsangehörigen ausgebaut werden.

Der Vorsitz wird den Gesamtansatz zu Migrationsfragen intensiv weiterverfolgen. Es geht um eine kohärente Politik, die die Analyse von Fluchtursachen, entwicklungspolitische und humanitäre Zusammenarbeit, Armutsbekämpfung und die Rückübernahmeverpflichtungen der Herkunfts- und Transitstaaten einbezieht. Die illegale Migration und die damit zusammenhängenden Probleme, wie Schleuserkriminalität und Schwarzarbeit, müssen bekämpft werden. Die EU soll den Dialog mit den Herkunfts- und Transitstaaten fortführen und insbesondere mit den östlichen und südöstlichen Nachbarregionen intensivieren. Daneben wird sich Deutschland dafür einsetzen, die praktische Zusammenarbeit der Asylbehörden der Mitgliedstaaten zu verbessern, um zu einer einheitlichen Anwendung des europäischen Flüchtlingsrechts beizutragen.

Der Vorsitz wird die mit der Mitteilung der Kommission über einen Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung angestoßene Diskussion zu gemeinschaftlichen Regelungen im Bereich legale Migration fortsetzen. Der geplanten Richtlinie für hochqualifizierte Arbeitnehmer kommt in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu. Generell gilt es bei Überlegungen zur Schaffung europäischer Regelungen in diesem Bereich, die unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und ein großes Maß an Flexibilität für nationale Regelungen vorzusehen.

– Integration und interkultureller Dialog

Die Integration von Zuwanderern ist Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen nationalen, sprachlichen oder religiösen Wurzeln. Eine verbesserte Integration der wachsenden Zahl von Neuzuwanderern und von bereits in der Union lebenden Ausländern soll dazu beitragen, Radikalisierungsprozesse und Extremismus zu verhindern. Der interkulturelle Dialog ist dabei ein wichtiges Instrument zur Stärkung unserer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft.

Die Erkenntnisse aus laufenden bilateralen Initiativen zur Integrationspolitik sollten dazu genutzt werden, einen europäischen Dialog auf diesem Gebiet zu entwickeln. Im Rahmen eines Treffens der für Integrationsfragen zuständigen Minister wird Deutschland die Arbeiten zur Entwicklung eines kohärenten Ansatzes in der Integrationspolitik fortsetzen sowie den Erfahrungsaustausch in Integrationsfragen intensivieren. Ein Schwerpunktthema wird dabei der Dialog mit dem Islam sein. Der Vorsitz will dabei auch dazu beitragen, jeder Form der Intoleranz, des Rassismus, des Antisemitismus und der Fremden-

feindlichkeit entgegenzuwirken. Auch hierzu kann der interkulturelle Dialog einen wichtigen Beitrag leisten.

– effizienterer Schutz der Außengrenzen

Der Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union führt den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen den Nutzen und die Chancen der europäischen Einigung direkt vor Augen. Um die Personenkontrollen an den Binnengrenzen zu den neuen Mitgliedstaaten abschaffen zu können, muss im Interesse der Sicherheit an den gemeinsamen Außengrenzen ein ausreichendes Schutzniveau sichergestellt werden. So können illegaler Einwanderung und Menschenhandel wirksam begegnet werden. Hierzu ist die Inbetriebnahme des SIS II eine wesentliche Voraussetzung. Deutschland wird daher alles daran setzen, die Inbetriebnahme des Systems soweit wie möglich voranzutreiben.

Deutschland wird sich auch für eine Stärkung der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX einsetzen. Die Mitgliedstaaten müssen der Agentur ausreichend Personal zur Verfügung stellen, damit an Schwerpunkten illegaler Migration und an allen größeren Grenzübergängen dauerhaft gemeinsame Expertenteams eingesetzt werden können. Hierfür sollten bei FRONTEX ein Pool von grenzpolizeilichen Experten geschaffen und Gastbeamten bei gemeinsamen Grenzkontrollen exekutive Befugnisse verliehen werden.

2. Stärkung der Freiheit und des Rechts

– Stärkung der Bürgerrechte

Die Schaffung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erfordert gleichberechtigt neben dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger auch die Sicherung der Bürgerrechte. Der deutsche Vorsitz wird sich daher für Vorhersehbarkeit und Transparenz staatlichen Handelns einsetzen, beispielsweise durch Vereinbarung von Mindeststandards in Strafverfahren. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung wird sich europaweit nur durchsetzen, wenn ihm hinreichendes Vertrauen in die Rechtsordnung der anderen Mitgliedstaaten zu Grunde liegt. Daher unterstützt Deutschland die Arbeiten an einem Rahmenbeschluss, der Mindestanforderungen an die Rechte von Beschuldigten und Angeklagten definieren soll. Ziel ist es, diese Verhandlungen zum Abschluss zu führen.

Deutschland wird sich für eine Mindestdefinition von Listendelikten einsetzen, wie es im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Rahmenbeschlusses für die Europäische Beweisordnung festgelegt wurde. Die Präzisierung der Tatbestände, bei denen im Rahmen gegenseitiger Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen auf eine Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit verzichtet wird, ist auch für andere Rechtssetzungsvorhaben im Bereich der strafjustiziellen Zusammenarbeit von Bedeutung.

Mit dem Ziel der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird der Vorsitz die festgefahrenen Verhandlungen zum Entwurf eines Rahmenbeschlusses wie-

der aufnehmen und das Vorhaben vorantreiben. Ziel muss eine Mindestharmonisierung in den Strafvorschriften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein, insbesondere hinsichtlich der Strafbarkeit des Verbreitens von rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen.

– mehr Rechtssicherheit für Bürger und Wirtschaft

Die Bürgerinnen und Bürger in Europa müssen sich in einem sicheren und vorhersehbaren Rechtsrahmen bewegen können, wenn sie in andere Mitgliedstaaten reisen oder sich dort niederlassen: Dies reicht von der besseren grenzüberschreitenden Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen, klaren Regelungen darüber, welches Recht im Falle einer Ehescheidung zur Anwendung kommt, dem besseren Schutz geistigen Eigentums bis hin zur Verbesserung des Verbraucherschutzrechts. Deutschland wird daher gemeinsam mit den nachfolgenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien die Vorschläge zum anwendbaren Recht in Unterhalts-, Scheidungs- und Erbschaftsachen aufgreifen und soweit möglich zum Abschluss bringen. Unter deutscher Präsidentschaft sollen auch die Arbeiten an einer Verordnung zum anwendbaren Recht bei vertraglichen Schuldverhältnissen möglichst weit vorangebracht werden; verabschiedet werden soll die Parallelverordnung zum anwendbaren Recht bei außervertraglichen Schuldverhältnissen, z. B. bei Straßenverkehrsunfällen.

Deutschland wird die Arbeiten an dem geplanten Statut für die Europäische Privatgesellschaft fördern, das kleinen und mittleren Unternehmen einen besseren und unkomplizierten Zugang zum Binnenmarkt eröffnen soll, und die Verhandlungen zur Richtlinie bei grenzüberschreitenden Sitzverlegungen vorantreiben.

Deutschland unterstützt das Ziel der Europäischen Kommission, die Bestimmungen des Gemeinschaftsprivatrechts, insbesondere des Verbrauchervertragsrechts, auf Widerspruchsfreiheit und Kohärenz zu überprüfen. Ziel ist ein europäischer Referenzrahmen, der eine Anleitung für die Rechtsbereinigung und für künftige Rechtsetzung enthält. Die Präsidentschaft wird mit einer Konferenz zum Europäischen Vertragsrecht eine Plattform für Diskussion zwischen Rechtspolitikern, Wissenschaftlern und der juristischen Praxis zur Verfügung stellen.

– Stärkung der Justiz und der praktischen Zusammenarbeit

Schnelle und effektive Informationsübermittlung zwischen den Justizbehörden ist zentraler Bestandteil der justiziellen Zusammenarbeit. Vorrangig ist die Beseitigung praktischer Hindernisse, die die Anwendung der Instrumente zur gegenseitigen Anerkennung justizieller Entscheidungen (Europ. Haftbefehl, Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen, Anerkennung von Sicherstellungsentscheidungen und von Einziehungsentscheidungen) erschweren. Mitteilungen über Verurteilungen sollen möglichst kurzfristig und vollständig erfolgen.

Der Vorsitz möchte die Vernetzung der Strafregister auf der Grundlage des Modellprojekts, das Frankreich, Spanien, Belgien und Deutschland initiiert haben, vorantreiben. Ziel ist es, dass alle Mitgliedstaaten an diesem Informationsaustausch über strafrechtliche Verurteilungen teilnehmen. Deutschland wird das Projekt „work on e-justice“ vorantreiben, um praktische Fortschritte beim Einsatz der Informationstechnologie in grenzüberschreitenden Justizverfahren in Europa zu erreichen und die Arbeiten an europäischen Standards zu strukturieren. Die Präsidentschaft wird sich darüber hinaus für die gegenseitige Anerkennung und Überwachung von Bewährungsauflagen, die in einem anderen Mitgliedstaat verhängt wurden, einsetzen.

– aktive Verbraucherschutzpolitik

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben als Verbraucher Anspruch auf ein Höchstmaß an Sicherheit, Transparenz und Wahlfreiheit. Deshalb wird sich der Vorsitz für die Umsetzung der verbraucherpolitischen Strategie der EU und des dazugehörigen Aktionsprogramms 2007 bis 2013 einsetzen. In diesem Zusammenhang wird der Sicherheit neuer Technologien bei der Kommunikation, beim Warenkauf oder bei der Abwicklung von Bank- und Versicherungsgeschäften besonderes Augenmerk geschenkt werden.

IV. Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik und der Entwicklungspolitik

Gerade in den Außenbeziehungen müssen die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten, um Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten. Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren ein umfassendes Instrumentarium zur Konfliktbewältigung und Friedenssicherung geschaffen, das einen weiten Bogen von der Prävention bis zur Nachsorge spannt. Hierauf gilt es aufzubauen.

Vor dem Hintergrund internationaler Krisen, des Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionaler Konflikte, des Scheiterns von Staaten und organisierter Kriminalität wurde im Jahr 2003 die Europäische Sicherheitsstrategie verabschiedet. Gemäß den darin enthaltenen Vorgaben wird sich die deutsche Präsidentschaft für eine effizientere und kohärente Außenpolitik und eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Partnern einsetzen. Der Vorsitz strebt ferner weitere Schritte der militärischen Zusammenarbeit in der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung an.

Europas Wohlstand und politisches Gewicht in der Welt fußen entscheidend auf den Erfolgen europäischer Unternehmen auf den Weltmärkten. Die EU ist mit 20 Prozent Anteil am Welthandel der größte Handelspartner und verfügt damit über einen Einfluss, der weit über die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten hinausreicht. Der internationale Handel fördert unsere Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum. Dabei fällt der Fortentwicklung fairer multilateraler Regeln für die weitere

Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eine Schlüsselrolle zu.

– Erweiterung der EU und Ausbau des europäischen Raumes der Sicherheit und Stabilität

Die deutsche Präsidentschaft wird den Erweiterungsprozess unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der EU fortsetzen und sich an den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom Dezember 2006 orientieren. Die laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien wird Deutschland nach Maßgabe der Fortschritte der Kandidaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen fördern.

In der europäischen Nachbarschaft wird das Schwergewicht des Engagements des Vorsizes – entsprechend der vom Europäischen Rat am 12. Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie – auf der Stabilisierung des Westlichen Balkans liegen, insbesondere durch Unterstützung der Kosovostatusverhandlungen oder der Absicherung einer dann bereits gefundenen Lösung. Hierfür wird die EU ihre bisher größte zivile ESVP-Mission mit den Schwerpunkten Justiz und Polizei durchführen.

Die EU-Beitrittsperspektive und ihre weitere Konkretisierung durch den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess – bei strikter Einhaltung der Kriterien des Stufenplans der Kommission und unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der EU – bleibt für die Stabilisierung des Balkans unersetzlich. Dies gilt angesichts des zu erwartenden politischen Wandels in Kosovo und der vollzogenen Unabhängigkeit Montenegros in besonderem Maße für Serbien. Die Verhandlungen über die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der EU mit Serbien, Montenegro und mit Bosnien und Herzegowina könnten während der deutschen Präsidentschaft abgeschlossen werden.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Stabilität und Demokratie. Die Europäische Union sollte ihren Gestaltungsspielraum nutzen und den Partnerländern in ihrer Nachbarschaft ein attraktives und breites Angebot der Zusammenarbeit unterbreiten. Die deutsche Präsidentschaft wird die Initiative ergreifen und konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Nachbarschaftspolitik vorlegen.

Parallel sollen die Partnerschaft mit Russland im Rahmen der vier „Gemeinsamen Räume“ vertieft und die Verhandlungen über die Nachfolge des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens begonnen werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, insbesondere im Energiebereich, sollen verstärkt werden. Die Kooperation im internationalen Krisenmanagement soll ausgebaut werden.

Die Präsidentschaft wird besonderes Augenmerk auf die strategisch bedeutsame zentralasiatische Region richten. Mit der Verabschiedung einer Zentralasienstrategie soll die EU ihre Interessen und Ziele bestimmen. Der politische Dialog mit der Region soll ausgebaut werden.

– **multilaterales Engagement, aktives Krisenmanagement und Nichtverbreitung**

Die Vereinten Nationen bleiben die zentrale Institution eines effektiven Multilateralismus. Der deutsche Vorsitz wird sich insbesondere für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen EU und VN im Bereich Krisenmanagement einsetzen sowie, in Umsetzung des Artikels 19 des EU-Vertrags, auf eine enge Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats und den übrigen Mitgliedstaaten hinarbeiten.

Der Vorsitz wird sich für die weitere Stabilisierung der Lage im Libanon einsetzen und gemeinsam mit den Partnern in der EU und im Nahost-Quartett intensiv nach Möglichkeiten suchen, den Nahostkonflikt einer umfassenden Friedenslösung entgegenzuführen. Eine der drängendsten Herausforderungen wird daneben die Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Auseinandersetzung über das Nuklearprogramm des Iran sein. Die Präsidentschaft wird Vorschläge zur Vertiefung der Partnerschaft mit dem Golfkooperationsrat entwickeln. Sie wird den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbauprozess im Irak weiter unterstützen. In Afghanistan wird sich Deutschland für eine Stärkung des EU-Engagements im Rahmen des Programms „Afghanistan Compact“ einsetzen.

Deutschland wird sich zugunsten einer Stärkung der Rolle der Afrikanischen Union, insbesondere bei der Konfliktprävention und -beilegung, engagieren. Besonders die Lage im Sudan, in Somalia, und in der DR Kongo nach den Wahlen werden weit oben auf der afrikapolitischen Agenda der EU stehen.

Im Bereich Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung gilt das strategische Interesse der weiteren Stärkung des multilateralen Regelwerks. Die Präsidentschaft wird ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die Vorbereitung der Überprüfungskonferenz zum Vertrag über nukleare Nichtverbreitung sowie auf weitere konkrete Schritte zur Verbesserung der weltweiten Transferkontrolle von Kleinwaffen richten.

– **Stärkung von GASP und ESVP**

Auf Grundlage der Arbeiten der finnischen Präsidentschaft sollen in allen Bereichen der EU-Außenbeziehungen Maßnahmen zur Verbesserung der Kohärenz zwischen den Instrumenten der GASP und denen der Europäischen Gemeinschaft beschlossen werden, zum Beispiel im Bereich der Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Repräsentanten und der Kommission.

Die Fähigkeit der EU, zivile und militärische Instrumente zur Krisenvorbeugung und -bewältigung einzusetzen, soll u. a. im Rahmen der Planziel-Prozesse (Streitkräfteplanziel 2010, Ziviles Planziel 2008) gestärkt werden. Besonderes Augenmerk gilt den schnell verlegbaren, europäischen Gefechtsverbänden, die vom 1. Januar 2007 an für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen. Bei der Planung und Durchführung von ESVP-Operationen soll die zivil-militärische Koordinierung gestärkt werden, um die autonome Handlungsfähigkeit der ESVP zu verbes-

sern. Das ab Anfang 2007 einsatzbereite Operationszentrum wird bei Bedarf aktiviert werden. Schließlich soll die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO durch die Intensivierung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in den Bereichen Einsatz und Fähigkeitenentwicklung ausgebaut werden.

– **strategische Partnerschaften und aktive Außenwirtschaftspolitik**

Die deutsche Präsidentschaft wird sich für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen im politischen und im wirtschaftlichen Bereich einsetzen. Mit den USA und mit Kanada wird es je ein Gipfeltreffen geben. Im Mittelpunkt der Vertiefung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den USA sollen ausgewählte Themen wie Nahost, Osteuropa, Kampf gegen Terrorismus oder Energiesicherheit stehen. Deutschland strebt eine Vereinbarung über Zusammenarbeit der EU und der USA im zivilen Krisenmanagement an. Schwerpunkte der Umsetzung der gemeinsamen Wirtschaftsinitiative werden auf regulatorischer Zusammenarbeit, Innovation und Technologie, Handel und Sicherheit, Kapitalmärkte, Energie und Schutz geistigen Eigentums liegen.

Die Präsidentschaft wird die politische und wirtschaftliche Dimension der Beziehungen zu Asien weiterentwickeln. In diesem Kontext sollen die Verhandlungen über ein EU-China-Rahmenabkommen vorangebracht werden. Beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen wird sich der Vorsitz auf die Themen Freiwilligkeit beim Technologietransfer, Verbesserung der Rechtssicherheit beim Schutz geistigen Eigentums, verstärkte Öffnung der chinesischen Märkte auch für Dienstleistungen sowie Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im Rohstoffbereich konzentrieren. Regionale Kooperation und Integration in Nord-Ostasien sowie der Austausch zur Lage in Nordkorea und die Vertiefung des Dialogs über Zukunftsfragen sollen Schwerpunkte beim EU-Japan-Gipfel sein. Die strategische Partnerschaft mit Indien soll durch konsequente Umsetzung des EU-Indien „Joint Action Plan“ weiter vertieft werden. Die Beziehungen EU-ASEAN sollen durch stärkere Akzente in der Handelspolitik sowie einen Aktionsplan mit außen- und sicherheitspolitischen Schwerpunkten ausgebaut, der ASEM-Prozess gestärkt werden.

Die Präsidentschaft wird im Dialog mit den afrikanischen Partnern die EU-Afrika-Strategie im Interesse Europas an Frieden und stabiler Entwicklung in Afrika vorantreiben.

Die Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik sollen weiter vertieft werden. Die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit dem Mercosur sollen abgeschlossen, die mit den zentralamerikanischen Staaten und der Andengemeinschaft begonnen werden.

– **Stärkung von Handel und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Europas**

Wachstum, Beschäftigung und der Lebensstandard in Europa hängen auch von der Fähigkeit der europäischen Unternehmen ab, auf den globalen Märkten zu bestehen. Der deutsche Vorsitz unterstützt die Initiativen zur Steigerung

der externen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Deutschland wird die Bemühungen zur weiteren Öffnung der internationalen Märkte für europäische Güter, Dienstleistungen und Investitionen fortsetzen und misst dabei einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde weiterhin große Bedeutung bei. Darüber hinaus können aber auch bilaterale oder biregionale Handelsvereinbarungen mit ausgewählten Partnern eine sinnvolle Ergänzung multilateraler Regeln darstellen. Bereits begonnene Verhandlungen sollen daher intensiviert bzw. vollendet, sowie bilaterale und biregionale Optionen weiter geprüft werden. Die Präsidentschaft strebt auf Basis einer Anfang 2007 erwarteten Mitteilung der Kommission die Verabschiedung einer überarbeiteten EU-Marktzugangsstrategie an.

Auch auf Drittmärkten gilt es, gleiche Bedingungen für konkurrierende Unternehmen und die Einhaltung anerkannter Regeln sicherzustellen. Nur die EU insgesamt, nicht die Mitgliedstaaten alleine, verfügt über ausreichendes Gewicht, um fairen Wettbewerb zu erreichen. Wettbewerbswidrigem Verhalten sowie unfairen Handelspraktiken wie Dumping, rechtswidrigen Subventionen, Verletzung geistiger Eigentumsrechte oder erzwungenem Technologietransfer wird die deutsche Präsidentschaft entschlossen entgegenzutreten. Die zweite Phase der EU-Initiative zur Umsetzung geistiger Eigentumsrechte und die ergebnisoffene Überprüfung einzelner handelspolitischer Instrumente (z. B. bei den handelspolitischen Schutzinstrumenten und im öffentlichen Beschaffungswesen) müssen fortgeführt werden.

– Stärkung nachhaltiger Entwicklung

Die deutsche Präsidentschaft fällt in einen Zeitraum von strategischer Bedeutung für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit der EU, dem wichtigsten Geber weltweit. Die EU ist aufgerufen, ihren Beitrag zur nachhaltigen

Entwicklung, Armutsreduzierung und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten. Handlungsleitende Elemente der Präsidentschaft sind – in engem Dialog mit der Zivilgesellschaft – die Umsetzung des Europäischen Entwicklungskonsenses, die Steigerung von Höhe, Wirksamkeit und Effizienz der Zusammenarbeit, die Verbesserung der Kohärenz der Gemeinschaftspolitiken im Interesse von Entwicklung sowie die Stärkung der Rolle von Frauen im Entwicklungsprozess. Mit der Ausgestaltung der neuen Finanzierungsinstrumente der EU (Instrument für Entwicklungszusammenarbeit; 10. Europäischer Entwicklungsfonds) wird die operative Zusammenarbeit mit den Partnerländern für die nächsten Jahre präzisiert.

Die Vereinbarungen aus der Paris-Erklärung zur besseren Arbeitsteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten sollen mit Leben erfüllt und operative Grundsätze entwickelt werden. Im Rahmen des jährlichen Monterrey-Follow-up wird der Stand der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele, insbesondere des Stufenplans zur Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe und der qualitativen Verpflichtungen, überprüft. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Afrikastrategie wird sich der Vorsitz insbesondere für die Initiativen in den Bereichen Energie, Governance und für das Thema HIV/Aids einsetzen.

Um die Integration der Partnerstaaten in die Weltwirtschaft zu erleichtern, müssen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den AKP-Ländern (Partnerstaaten der EU in Afrika, in der Karibik und im Pazifik) rechtzeitig abgeschlossen werden und fristgerecht Anfang 2008 in Kraft treten. Dabei wird Deutschland auf die entwicklungsförderliche Ausrichtung der Abkommen achten, die den AKP-Staaten den Zugang zum EU-Binnenmarkt über 2007 hinaus sichern sollen. Zudem wird die Präsidentschaft auf die Umsetzung der Selbstverpflichtungen der EU im Bereich der handelsbezogenen Zusammenarbeit (Aid for Trade) achten.

Anhang: Konferenzkalender

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
15.01.2007	16.01.2007	Nationale Auftaktveranstaltung: Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm – Europa auf dem Weg zur Spitze	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bonn
15.01.2007	16.01.2007	Konferenz: Zukunftsperspektiven der Krankenversorgung in Europa	Bundesministerium für Gesundheit	Potsdam
18.01.2007	28.01.2007	Internationale Grüne Woche Berlin (Eröffnungsveranstaltung mit Kommissionspräsident Barroso)	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Berlin
29.01.2007	30.01.2007	Konferenz: ESDP: From Cologne to Berlin and beyond. Operations, institutions, capabilities.	Auswärtiges Amt	Berlin
29.01.2007	31.01.2007	European Renewable Energy Policy Conference	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Brüssel
30.01.2007	31.01.2007	Eröffnungsveranstaltung zum Jahr der Chancengleichheit	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Berlin
01.02.2007		Spitzengespräch im Rahmen des Informationstags zu Information Society Technology	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Köln
01.02.2007	02.02.2007	Konferenz: Job – Chance – Internet. Frauen gestalten Zukunft	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bremen
01.02.2007	02.02.2007	Workshop: Stärkung des Umwelt- und Ressourcenschutzes in der Europäischen Sicherheitsstrategie	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Berlin
05.02.2007		Konferenz: Food Quality Schemes	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Brüssel
08.02.2007	09.02.2007	Ministerkonferenz zum Europäischen Sozialmodell : Kräfte bündeln für ein soziales Europa	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Nürnberg
12.02.2007	14.02.2007	Symposium: Time to Adapt Climate Change and the European Water Dimension, Vulnerability – Impacts – Adaptation	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Berlin
20.02.2007	22.02.2007	Seminar: Mindeststandards in Strafverfahren	Bundesministerium der Justiz	Berlin
21.02.2007	23.02.2007	Digitalisierungskonferenz (u. NRG-Meeting): Europas kulturelle und wissenschaftliche Überlieferung in einer digitalen Welt	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Berlin
22.02.2007	23.02.2007	EU-Policy Workshop: Offshore Wind Power Deployment	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Berlin

noch Anhang

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
25.02.2007	27.02.2007	Konferenz: Gesunde Ernährung und Prävention von Übergewicht	Bundesministerium für Gesundheit/BMELV	Badenweiler
26.02.2007	28.02.2007	Auftaktveranstaltung des Europäischen Forschungsrats	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
01.03.2007		Fachkonferenz: E-Government	Bundesministerium des Innern	Berlin
01.03.2007	02.03.2007	Konferenz zum Europäischen Vertragsrecht	Bundesministerium der Justiz	Stuttgart
05.03.2007	06.03.2007	Treffen der Bologna-Follow-up Group	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
05.03.2007	06.03.2007	Konferenz: Nachwachsende Rohstoffe/Bioenergie	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	München
05.03.2007	06.03.2007	Konferenz zur Umsetzung des Artikels 7 der EU-Rahmenrichtlinie 89/391/EWG, insbesondere im KMU	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Dortmund
07.03.2007		EU-Forschungsveranstaltung: Today is the Future	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Brüssel
12.03.2007	13.03.2007	Ministerkonferenz: Partnerschaft und Verantwortung – gemeinsam gegen HIV/AIDS	Bundesministerium für Gesundheit	Bremen
14.03.2007		Konferenz: Metropolregionen	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Berlin
14.03.2007	15.03.2007	Konferenz: Stärkung interkultureller Kompetenzen zur Vermeidung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Lübeck
14.03.2007	15.03.2007	Konferenz: Chancen und Risiken der digitalen Welt	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Berlin
16.03.2007		Sozialpartner-Konferenz EuroMed-Region	Bundesministerium für Arbeit und Soziales, mit Auswärtigem Amt	Berlin
22.03.2007		„StarteSicher“-Abschlussveranstaltung der Arbeitsschutzwoche 2006	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Bilbao
22.03.2007	23.03.2007	Workshop: Fiscal Policy Challenges in Europe	Bundesministerium der Finanzen	Berlin
26.03.2007	27.03.2007	Europ. Konferenz zur Sicherheitsforschung – SRC 07	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
26.03.2007	27.03.2007	Konferenz: European Competition Day	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	München

noch Anhang

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
27.03.2007		Konferenz: Innovation und Marktfähigkeit durch Normung	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Berlin
28.03.2007	30.03.2007	Konferenz: Wissen für Handeln. Forschungsstrategien für eine evidenzbasierte Bildungspolitik	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Frankfurt/Main
28.03.2007		Seminar: Aktionsplan Tierschutz	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Brüssel
29.03.2007	30.03.2007	Konferenz zum Patentrecht	Bundesministerium der Justiz	Berlin
Ende März/Anfang April 2007		Konferenz zur Transferkontrolle von Klein- und Leichtwaffen	Auswärtiges Amt	Berlin
02.04.2007	07.04.2007	Konferenz: Computer Application and Quantitative Methods in Archaeology (CAA)	Auswärtiges Amt	Berlin
13.04.2007	16.04.2007	Jugend-Event: Gleiche Chancen und gesellschaftliche Beteiligung für alle Jugendlichen	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Köln
15.04.2007	16.04.2007	Fachkonferenz: Mobilität von Sammlungen: Langzeitausleihe und Leihgebühren	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	München
15.04.2007	17.04.2007	Symposium: Entwicklung der europäischen grenzpolizeilichen Zusammenarbeit	Bundesministerium des Innern	noch offen
16.04.2007		Informationstag: Gemeinsame Forschungsstellen	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
17.04.2007	18.04.2007	Internationale Konferenz: Demografischer Wandel: Chancen erkennen – Potentiale nutzen – Wachstum fördern	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Berlin
17.04.2007	18.04.2007	Treffen der Bologna-Follow-up Group	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
18.04.2007	19.04.2007	Konferenz: Gender in der Forschung – Innovation durch Chancengleichheit	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
20.04.2007	21.04.2007	Europäische Bibliothekskonferenz zur Langzeitarchivierung	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Frankfurt/Main
23.04.2007	24.04.07	Konferenz: Umwelt und Landwirtschaft	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
24.04.2007	26.04.2007	Europäische Archivkonferenz: Internationale Standards für digitales Archivgut	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Berlin

noch Anhang

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
25.04.2007	27.04.2007	Symposium anl. des 10. Jahrestags der Gründung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen	Auswärtiges Amt	Berlin
26.04.2007	27.04.2007	Europäisches Forum für Architekturpolitik	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Hamburg
26.04.2007	28.04.2007	Europäische Konferenz zur kulturellen Vielfalt	Auswärtiges Amt	Essen
26.04.2007	27.04.2007	5. Kongress der Sozialwirtschaft : Europa sozial managen; Werte-Wettbewerb-Finanzien	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Magdeburg
27.04.2007		Jahreskongress: European Board of National Archivists	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Berlin
April 2007		Konferenz: Energieeffizienz	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie/ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Berlin
April 2007		Fachtagung: Global Monitoring for Environment and Security (GMES)	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie/ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	München
02.05.2007	03.05.2007	Konferenz: Qualität der Arbeit – Schlüssel für mehr und bessere Arbeitsplätze	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Berlin
03.05.2007	04.05.2007	Konferenz: Forschungs- und Technologieorganisationen im Europäischen Forschungsraum: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in einem erweiterten Europa	Bundesministerium für Bildung und Forschung	München
03.05.2007	04.05.2007	Fachkonferenz Grünbuch Meerespolitik	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bremen
03.05.2007	04.05.2007	Jahrestagung Kulturwirtschaft: Europäische Copyright-Creative- Cultural Economy	Auswärtiges Amt	Berlin
04.05.2007	06.05.2007	Workshop: Duale Karriere: Die Vereinbarkeit von Spitzensport mit Karriere und Beruf	Bundesministerium des Innern	Stuttgart
04.05.2007	05.05.2007	Konferenz: 6. Treffen der Menschen in Armut	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Brüssel
06.05.2007	07.05.2007	Europäische Startkonferenz zum Programm für Lebenslanges Lernen	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin

noch Anhang

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
07.05.2007	08.05.2007	High Level Committee on Public Health	Bundesministerium für Gesundheit	Berlin
07.05.2007	08.05.2007	Konferenz: Grenzwerte für chemische Stoffe am Arbeitsplatz – Gesunde Arbeitsbedingungen in der globalen Wirtschaft	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Dortmund
07.05.2007	11.05.2007	15. Europäische Biomassekonferenz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Berlin
08.05.2007	10.05.2007	Konferenz: Nachbarschaft für Nach- haltigkeit – mit Forschung von Lissa- bon nach Leipzig	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Leipzig
09.05.2007	11.05.2007	Fachkonferenz: Mehr Vertrauen in Inhalte – Das Potential von Ko- und Selbstregulierung in den digitalen Medien	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Leipzig
09.05.2007		Auftaktveranstaltung: Strukturfonds- förderung 2007 bis 2013	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Hof
10.05.2007	11.05.2007	Integrationskonferenz	Bundesministerium des Innern	Berlin
11.05.2007	12.05.2007	Konferenz: Chancengerechtigkeit – Eine Herausforderung für Bildungs- recht und Bildungspolitik	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Potsdam
14.05.2007	15.05.2007	Konferenz: European Researchers of Tomorrow – Crossing the border of Academia and Industry	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Stuttgart
15.05.2007	16.05.2007	Konferenz: Forest Based Sector Technology Platform (FTP) – 4. Konferenz 2007	Bundesministerium für Bildung und Forschung/ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz/ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Hannover
15.05.2007	16.05.2007	Internationale Steuerkonferenz	Bundesministerium der Finanzen	Berlin
15.05.2007		Tourismuskonferenz	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Berlin
21.05.2007	22.05.2007	Konferenz: European Construction Network	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Berlin
23.05.2007		9 th Conference of National Ethics Committees (COMETH)	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
23.05.2007	25.05.2007	9 th Forum of National Ethics Councils (NEC-Forum)	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin

noch Anhang

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
24.05.2007	25.05.2007	Konferenz: Bildung für nachhaltige Entwicklung in Europa	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Berlin
24.05.2007	25.05.2007	Euro-Mediterranes Jugendparlament	Auswärtiges Amt	Berlin
29.05.2007	31.05.2007	Konferenz: E-Justice	Bundesministerium der Justiz	Bremen
31.05.2007	01.06.2007	Kultur-Wirtschaft-Tourismus-Konferenz: Bedeutung der Kultur für die Prosperität einer Gesellschaft	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Hamburg
Mai 2007		Europäische Schiffbaukonferenz	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Deutscher Werftstandort
03.06.2007	06.06.2007	Tagung: Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen	Bundesministerium der Justiz	Trier
03.06.2007	05.06.2007	Konferenz: European Sustainability Berlin 2007 – ESB07	Bundeskanzleramt	Berlin
04.06.2007	05.06.2007	Europäische Konferenz zur Berufsbildung: Lernraum Europa verwirklichen	Bundesministerium für Bildung und Forschung	München
04.06.2007	06.06.2007	Politikforum Unternehmergeist	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Hannover
04.06.2007	05.06.2007	Fachsymposium: Gender Budgeting „Die Verteilung macht’s – Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte“	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Frankfurt/Main
04.06.2007	05.06.2007	IT-Sicherheitskonferenz	Bundesministerium des Innern	Berlin
04.06.2007	05.06.2007	Konferenz über die Europäische Charta für Kleinunternehmen	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Berlin
05.06.2007	06.06.2007	4. Europäische Konferenz zu Forschungsinfrastrukturen	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Hamburg
05.06.2007	06.06.2007	Fachkonferenz Verkehr: e-Safety	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Berlin
06.06.2007	10.06.2007	Konferenz: „The spirit of Europe“ – Die Vielfalt Europas, Identitäten, Verflechtungen	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Leipzig
07.06.2007	08.06.2007	Kulturpolitischer Bundeskongress: Kultur.macht.europa. – europa.macht.kultur	Auswärtiges Amt/ Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Berlin
10.06.2007	11.06.2007	Fachkonferenz: Mobilität von Sammlungen: Building up Trust and Networking	Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	Bremen

noch Anhang

Datum Beginn	Datum Ende	Vollständiger und offizieller Titel der Veranstaltung	Ministerium	Ort
11.06.2007	12.06.2007	Pharmainnovation – individualisierte Medizin	Bundesministerium für Gesundheit	Bonn
11.06.2007	12.06.2007	Europäische Konferenz für Menschen mit Behinderungen	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Berlin
11.06.2007	13.06.2007	Generalversammlung des Europäischen Netzwerks zur justiziellen Aus- und Fortbildung (European Judicial Training Network – EJTN)	Bundesministerium der Justiz	Trier
12.06.2007	13.06.2007	European Digital Switchover Conference	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Berlin
13.06.2007	14.06.2007	Konferenz: Mehr Erfolg durch effiziente Rechtsetzung	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Bonn
13.06.2007	14.06.2007	Kulturtourismus: Europaweite Tagung der UNESCO-Welterbestätten	Auswärtiges Amt	Lübeck
18.06.2007	20.06.2007	Konferenz: „Chancen und Möglichkeiten für alle – Soziale Dienstleistungen und Gesundheit in einem vielgestaltigen Europa“	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Berlin
19.06.2007	21.06.2007	EuroNanoForum 2007	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Düsseldorf
23.06.2007	27.06.2007	AKP-EU Paritätische Parlamentarische Versammlung	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Wiesbaden
24.06.2007	25.06.2007	Konferenz: Verantwortungsbewusste Wissenschaft in Europa/Science and its publics	Bundesministerium für Bildung und Forschung	voraussichtlich München
25.06.2007	26.06.2007	Fachkonferenz: Radio Frequency Identification (RFID): Towards the internet of things	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Berlin
26.06.2007	28.06.2007	Fachkongress: Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – neue Strategien der Kohäsion	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend	Leipzig
28.06.2007	29.06.2007	Konferenz: 50 Jahre Europäischer Sozialfonds – Investitionen in Menschen – Rückblick und Ausblick	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Potsdam

